



---

**Presseerklärung der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen zum 18. Januar 2006**

**Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte Bremens: Uns reicht's!  
Unterfinanzierung des Gesundheitssystems und bürokratische Knebelung der  
Praxen nicht mehr akzeptabel!  
Kassenärztliche Vereinigung Bremen unterstützt Proteste ihrer Mitglieder und  
organisiert Notfalldienst für den 18. Januar 2006**

Am Mittwoch, den 18. Januar 2006, werden die Notfalldienst-Zentralen der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen in Bremen Stadt, Bremen Nord und Bremerhaven ganztägig geöffnet sein, da viele Arztpraxen an diesem Tag nur reduzierte bzw. gar keine Sprechstunden anbieten werden. Die Versorgung der Patientinnen und Patienten im Bundesland Bremen ist hierdurch sichergestellt.

Grund für die Praxisschließungen sind die deutschlandweit erhobenen Proteste der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten gegen immer unzumutbarere Arbeitsbedingungen. Sie leiden ebenso wie ihre Kollegen am Krankenhaus unter einer Missachtung ihres hohen persönlichen Engagements für die ihnen anvertrauten Patientinnen und Patienten durch die verantwortlichen Gesundheitspolitikerinnen und -politiker. Hierzu der KVHB - Vorstandsvorsitzende Dr. Till Spiro: „Der medizinische Bedarf lässt sich nicht durch Gesetze festlegen, aber genau das versucht die gegenwärtige Gesundheitspolitik. Die Folgen der zunehmend unerträglicheren bürokratischen und finanziellen Knebelung der Arztpraxen werden steigende Wartezeiten für die Patienten und graue Gesundheitsmärkte sein!“

Seit Jahren verschlechtert sich die Einnahmesituation der deutschen Praxen durch eine chronische Unterfinanzierung des Gesundheitssystems. Nicht nur, dass im Rahmen des budgetierten Vergütungssystems keine Zuwachsraten gewährt wurden, mit denen die allgemeinen Kostensteigerungen hätten aufgefangen werden können; es mussten auch noch Gelder für die neuen Bundesländer sowie für politische Spielwiesen abgezweigt werden. Dies hat dazu geführt, dass heutzutage die ärztlichen Leistungen zu knapp einem Drittel nicht vergütet werden!

Für viele Praxen sind deshalb die Einnahmen aus der Privaten Krankenversicherung überlebensnotwendig. Da die gegenwärtige Gesundheitsministerin wohl die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung über eine Reduktion des Leistungsangebots für die Versicherten sanieren will, hat sie vor, die Vergütungssätze für Privatpatienten nach unten zu nivellieren. Das wird für viele niedergelassene Ärztinnen und Ärzte das ökonomische Aus bedeuten.

KV-Vorsitzender Spiro: „Die Gesundheitsministerin macht seit Jahren reflexhaft die ambulante Medizin für alle Probleme der GKV verantwortlich; so reduziert sie auch jetzt die Finanznot der Krankenkassen auf die gestiegenen Arzneimittelausgaben, die bedauerlich sind, aber viele Ursachen haben. Das neu von Ulla Schmidt in den Bundestag eingebrachte ‚Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz‘ sieht eine Bonus-Malusregelung vor, die nicht nur unlösbare ethische Probleme für die Ärzteschaft, sondern vor allem auch weitere Belastungen für das Arzt / Patientenverhältnis mit sich bringen wird“.

Auch hiermit ist natürlich eine Zunahme der Belastung aller Ärzte und Psychotherapeuten durch immer neue bürokratische Monster verbunden. Schon heute steht immer weniger Zeit für die eigentlichen ärztlichen Aufgaben zur Verfügung, müssen Sprechstunden, Nächte und Wochenenden zum Ausfüllen unzähliger Scheine, Formulare und Anträge geopfert werden. Hierunter leiden immer spürbarer die Patienten, die ebenso wie ihre Ärzte durch immer neue Gesundheitsreformen belastet wurden.

Den verantwortlichen Politikern mangelt es an zweierlei: Dem Mut, ihren Wahlversprechungen auf beste medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger die dafür erforderliche, zukunftssichere Finanzierung zur Seite zu stellen. Und dem Respekt vor den Ärzten und Psychotherapeuten, die ungeachtet aller politischen Schmähungen mit hohem persönlichen Einsatz und trotz enormen Honorarverzichts ihre Patienten versorgen – und zwar, wie alle jüngeren Untersuchungen zeigen, in einer im internationalen Vergleich vorbildlichen Weise.

Statt (wie vor kurzem) über medizinische Fehl- und Überversorgung wird heute nur noch über Unterversorgung gesprochen. KV-Vorsitzender Spiro: „Der Ärztemangel in Deutschland nimmt konkrete Formen an, und die geschilderten Missstände sind hierfür mit verantwortlich“. Um auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen und um Arbeitsbedingungen anzumehmen, die den Arztberuf wieder attraktiv machen, protestieren auch die Bremer KV-Mitglieder am 18.01.2006, sowohl in unserem Bundesland, als auch auf der zentralen Demonstration in Berlin.

---

## **Adressen und Öffnungszeiten der Notfalldienstzentralen am Mittwoch, 18.01.2006**

### ***Ärztlicher Notfalldienst Bremen-Stadt:***

Richard-Wagner-Str. 1A (Ecke Schwachhauser Heerstr.), Bremen  
Tel.: 0421/1 92 92

Besetzung der Notfalldienstzentrale am Mittwoch, 18.01.2006  
von 08.00 – 07.00 Uhr des Folgetages

### ***Ärztlicher Notfalldienst Bremen-Nord:***

im Klinikum Bremen-Nord  
Hammersbecker Str. 228, Bremen  
Tel.: 0421/6 09 80 63

Besetzung der Notfalldienstzentrale am Mittwoch, 18.01.2006  
von 08.00 – 07.00 Uhr des Folgetages

### ***Ärztlicher Notfalldienst Bremerhaven:***

Virchowstr. 8, Bremerhaven  
Tel.: 0471/1 92 92

Besetzung der Notfalldienstzentrale am Mittwoch, 18.01.2006  
von 08.00 - 13.00 Uhr und 15.00 – 22.00 Uhr

---

Kassenärztliche Vereinigung Bremen (KVHB)  
Schwachhauser Heerstr. 26-28, 28209 Bremen

Dr. Till Spiro (Vorstandsvorsitzender)  
Telefon: 0421 / 3404-111  
Telefax: 0421 / 3404-108

Marion Saris (Kommunikation)  
Telefon: 0421 / 3404-146 bzw. 0441 / 2048244  
Telefax: 0421 / 3404 - 109 bzw. 0441 / 3619845